

Der Tabak-~~Arbeiter~~ Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1.50 Mark für das Vierteljahr ohne Bringerlohn.

Inserate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 85 Pfg. für die 6 gespaltene Zeile. Der Betrag ist im voraus zu entrichten.

Nr. 44

Sonntag, den 29. Oktober

1916

Rückkehr zur Friedenswirtschaft.

Je näher wir nach menschlichem Ermessen dem Ende des Krieges kommen, um so dringlicher wird die Frage, wie die Ueberleitung der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft sich vollziehen soll. Die einschlägigen Forderungen sind in dieser Beziehung schwieriger Natur und bedürfen eingehendster Prüfung. Das Wichtigste ist natürlich zunächst, daß Friedensverhandlungen und Friedensschluß erfolgen. Aber während der Friedensverhandlungen, die nicht von heute zu morgen ihren Abschluß finden werden, wird auch die Frage des Ueberganges zur Friedenswirtschaft ernstlicher und lebhafter diskutiert werden. Mut ist sie jetzt schon.

Der Staatssekretär des Innern, Dr. Helfferich, bestätigte letzteres, indem er in der Reichstags-Kommission für Handel und Gewerbe einen Vortrag hielt, in welchem er über Fragen des Ueberganges zur Friedenswirtschaft sich aussprach. Er berührte dabei drei Aufgaben, für die er nicht programmatische Maßnahmen in Aussicht stellte, sondern sich mehr dilatorisch über ihre Lösung verbreitete. Als drei Hauptfragen bezeichnete er Arbeiterfragen, Kreditbeschaffung, Rohstoffversorgung. Was er hierüber sagte, wollen wir an einem, allerdings sehr zusammengedrängten Bericht des „Berliner Tageblattes“ zeigen. Zunächst schilderte er die Zerstörung von Milliardenwerten in den Kriegsgebieten des Elsaß und Ostpreußens; dann den Kapitalverlust der Kreditinstitute; den Einfluß der Beschlagnahme von Metallen auf die Anschaffung und Ergänzung von Maschinen und die Veränderung in der Verwendung des Kapitals, das weniger für die Volkswirtschaft als für Kriegszwecke arbeite, woraus sich wieder die Geldanhäufung in Sparkassen und Banken erkläre, die die gewaltigen Reichtümer auf die Kriegsanleihen möglich mache. Dann läßt der Bericht den Staatssekretär fortfahren:

„Unser im Ausland arbeitendes Kapital ist durch die Expropriation und Liquidierung der ausländischen Anlagen gefährdet, ebenso durch die Entwertung der ausländischen Wertpapiere. Menschliche Arbeit ist zerstört durch die Todesopfer des Krieges und durch die Verkrüppelungen, die der Volkswirtschaft Kräfte entziehen, und dabei ist auch zu bedenken, daß die noch vorhandenen Arbeitskräfte hauptsächlich für Krieg und Kriegsarbeiten verwendet werden. In diesem Zusammenhang weist der Staatssekretär auf die gewaltige Zunahme der Beschäftigung weiblicher und jugendlicher Arbeitskräfte hin, die natürlich im Interesse unserer nationalen Zukunft so bald als möglich wieder zurückzuführen muß. Die Rückkehr zur Friedenswirtschaft soll unter staatlicher Führung erfolgen; deshalb hat die Bundesratsverordnung vom August 1914 einen Reichskommissar für die Uebergangswirtschaft eingesetzt. Seine Hauptaufgabe wird sein die Durchführung der Soldaten in die Friedenswirtschaft, die Beschaffung der notwendigen Arbeit, die Kriegsbeschäftigtenfürsorge, die Herausziehung der weiblichen und jugendlichen Arbeitskräfte, die Wiederherstellung der zum Teil aufgehobenen Arbeiterschutzes. Für das Kapital kommt besonders die Ausnützung und Steigerung der Produktion und äußerste Sparlichkeit in Betracht, wie sie jetzt schon während des Krieges geübt wird. Rückbildung des Kapitals für Friedenszwecke, Kreditbeschaffung für feststehende und bewegliche Anlagen, Kreditbereitstellung für den städtischen Grundbesitz und für die Kreditvereine, Wiederbelebung des jetzt vollkommen ausgeschalteten Handels, Verbesserung der Währung und Flüssigmachung der in Kriegsanleihen festgelegten Kapitalien.“

Vorläufig hat sich der Reichskommissar besonders mit der Rohstoffversorgung, dem Transportwesen und der Währung zu beschäftigen. Diese drei Fragen waren zu lösen durch Verwaltung, Beschaffung und Heranziehung von wirtschaftlich technischen Kräften; die letzteren sind neu zu organisieren, Mitarbeiter sollen aus allen Kreisen der praktischen Berufe aus den Gebieten der Währung, der Kredit, der Finanzen, des Handels, der Industrie und Landwirtschaft gezogen werden. Es ist die Errichtung eines großen Rates mit Unterabteilungen beabsichtigt, denen die Prüfung der Bedürfnisse zuteil sein soll. Die Durchführung der Beschlüsse obliegt natürlich dem Reichskommissar und dem Reichsamt des Innern. Der Staatssekretär schloß seinen Vortrag mit der Erklärung, der Hauptzweck des Reichskommissars sei, sich so schnell als möglich überflüssig zu machen, das heißt seine Arbeit so schnell es geht, zu beendigen.“

Daß man sich in der Kommission die Lösung der berührten Aufgaben nicht so leicht denkt und den Kreis damit nicht für geschlossen hält, geht schon daraus hervor, daß von sozialdemokratischer Seite der Antrag eingebracht wurde, die Kommission solle auch während der Vertagung des Reichstages ihre Beratungen fortsetzen. Vorläufig wurde freilich der Antrag zurückgestellt. Nach den Darlegungen des Staatssekretärs wird die Kommission sich zunächst mit der Rohstoffbeschaffung beschäftigen.

Wir befürchten, daß gerade diese Frage unnötig Zeit fortnimmt, um die wichtige der Arbeiterverhältnisse hinauszuschieben. Längst ist von den Arbeitervertretern gefordert, die Frage der Gestaltung der Arbeits- und Arbeiterverhältnisse bei dem Uebergang zur Friedenswirtschaft schnell in Angriff zu nehmen. Das schließt nicht aus, andere, damit zusammenhängende Fragen in der

Kommission zu behandeln. Es brauchte nur, wie es mehrfach vorgekommen ist, ein Unterausschuß der Kommission gebildet zu werden, der die Arbeiterfragen vorbereitet. Vor allem die Arbeitsvermittlung ins Auge gefaßt, müßte sich für sie ergeben, von der Regierung mindestens gleichzeitig mit der Frage der Rohstoffversorgung — die im Wesentlichen vom Ausgange der Friedensverhandlungen abhängen wird — eine feste Grundlage für die Arbeitsvermittlung zu fordern, die die Möglichkeit einer reichsgesetzlichen Regelung gewährt.

So leicht wird sich die „Herausziehung der jugendlichen und weiblichen Arbeitskräfte“, wie der Staatssekretär sagte, nicht machen lassen, wenn sie überhaupt versucht werden sollte. Es handelt sich bei diesem Problem vielmehr um die Unterbringung aller Arbeitskräfte, auch der jugendlichen und weiblichen, die nicht etwa von Kriegsgewinnen oder Renten leben können, sondern mehr noch als vor dem Kriege auf jeden Erwerb angewiesen sein werden, weil der Krieg die Arbeiterverhältnisse nicht verbessert, sondern im allgemeinen verschlechtert.

Wie weit die große Zahl der Kriegsbeschädigten und d. h. der Verwundeten und Krüppel auf reguläre Arbeit wird verzichten können, oder in einer Branche mit leichter Arbeit unterkommen, das hängt allerdings mit davon ab, wie das Reich seiner Verpflichtung der Versorgung dieser Unglücklichen nachkommen wird.

Und was die Arbeiterschutzesgesetzgebung anlangt, so kann es sich nicht bloß um die Wiederherstellung der während des Krieges aufgehobenen Bestimmungen handeln. Eine Erweiterung des Arbeiterschutzes ist vonnöten; sie wird schon mit Rücksicht auf die Kriegsbeschädigten eintreten müssen; außerdem müssen jedoch alle die Arbeiterforderungen erfüllt werden, die schon vor dem Kriege spruchreif waren.

Der Kommission für Handel und Gewerbe wartet eine größere Aufgabe, als der Staatssekretär sie vorgezeichnet hat, wenn sie brauchbare Arbeit für den Uebergang aus der Kriegs- in die Friedenswirtschaft vorbereiten soll. Mit der Frage der Arbeiterbeschäftigung ist auch die der billigeren Ernährung der Arbeiter, also die Befreiung der Teuerung verquidt, wenn auch die Herabsetzung der Lebensmittelpreise in einer anderen Kommission in Angriff genommen werden kann. Der Voll-Reichstag aber hat die Gesamtlage der Arbeiter ins Auge zu fassen.

Beschäftigung aller Arbeiter unter Sicherung einer menschenwürdigen Existenz, das ist die Aufgabe der Reichsgesetzgebung, die sie beim Uebergang zur Friedenswirtschaft zu lösen hat.

Heimarbeiterwohl und Vaterlandsvorteile.

Für die Heimarbeiter ist bekanntlich auch ein Kriegsausbruch eingesetzt worden, der dem „Deutschen Wohlfahrtsbund“ angegliedert ist. Dieser Ausschuß resp. dessen Landeszentralen hatten jüngst in Berlin eine Zusammenkunft, bei der vertreten waren das preussische Kriegsministerium, das Ministerium der öffentlichen Arbeiten, das bayerische und sächsische Kriegsministerium, das sächsische Ministerium des Innern, das württembergische Ministerium des Innern, die österreichisch-ungarische Bottschaft, die großherzoglichen Ministerien von Mecklenburg-Schwerin, Oldenburg und Sachsen-Weimar, die herzoglichen Ministerien von Sachsen-Coburg-Gotha, Sachsen-Meiningen und Sachsen-Altenburg, die Ministerien von Schwarzburg-Rudolstadt und Neuchâtel, sowie die Oberpräsidenten von Pommern, Rheinland und der Provinz Sachsen, die Feldzeugmeisterei und eine Anzahl Stadtmagistrate. Im Auftrag der Kaiserin war Kammerherr Freiherr v. Spitzemberg erschienen, ferner sah man Frau Kriegsministerin Wild v. Hohenborn, Legationsrat Post von der österreichisch-ungarischen Bottschaft, Generalleutnant Schüler. Generalkassanant, Geheimrat Regierungsrat Pläschke eröffnete die Verhandlungen mit Begrüßungsworten.

Aus den Mitteilungen über die Verhandlungen ist leider über sachliche Darlegungen sehr wenig zu entnehmen. Und das wenige scheint sich nur über Kriegsindustrien, speziell über die Schneiderei für das Heer zu verbreiten. Allgemeine Bemerkungen über die Heimarbeiter finden wir nur in den Begrüßungsworten des Regierungsrats Pläschke. Er führte aus, daß infolge der langen Dauer und Ausdehnung des Krieges die Heimarbeiter eine so große Bedeutung gewonnen habe, daß ihre Organisation notwendig erschien. Dem Bedürfnis konnte keineswegs immer Rechnung getragen werden. Zu Zeiten sei das Bedürfnis der Leistungen verlangt worden. Es werde jedoch

alles aufgehoben werden, um dem Bedürfnis zu genügen, eventuell in Gemeinschaft mit der Organisation des Kriegsministeriums. Es sei zu hoffen, daß die Arbeit des Wohlfahrtsbundes nicht nur dem einzelnen, sondern vor allem auch dem Vaterlande zum Vorteil gereichen werde.

Weiter heißt es in dem Bericht: Oberst Schmidt begrüßte die Versammlung namens der Feldzeugmeisterei. Diese Behörde werde alles aufbieten, um den Anforderungen zu genügen. Hauptmann Dannehl sprach als Vertreter des Ingenieurkorps über die Herstellung von Sandfäden in der Heimarbeit. Dem mehr sachlichen Vortrage folgte ein Referat des Freiherrn v. Biedermann über die Verarbeitung der Ersatzstoffe und die Frage des Handnähbetriebs. Dann sprach Regierungsrat Dr. Feig über die Verteilungsgrundsätze für die Heimarbeit. Nach einer ausgedehnten Aussprache folgte der Bericht über die Verhandlungen mit dem Armeeverwaltungsdepartement des Kriegsministeriums und anderen Beschäftigungsstellen, den Generalleutnant Schüler erstattete.

Das ist alles. Das Ganze macht den Eindruck, als ob man sich nur die Vermittlung behufs Uebertragung von Aufträgen an die Unternehmer hätte angelegen sein lassen. Wohl wissen wir, daß verschiedene Generalkommandos sich auch um die Arbeitslöhne für die Heimarbeiter gekümmert haben, aber damit ist noch lange nicht erfüllt, was man von einer Organisation der Heimarbeit, von der Herr Regierungsrat Pläschke sprach, erwartet. Da das Bedürfnis an Leistungen der Heimarbeit zuweilen verlangt worden ist, wird die Arbeit wohl oft in Winkeln verrichtet worden sein, wo die Arbeiter ihre Gesundheit aufzehrten. Eine Inspektion der Arbeitsräume wäre das mindeste, was bei der Verteilung von Heimarbeit gefordert werden darf. Nicht allein im Interesse der Heimarbeiter, auch der Soldaten liegt das, da schon in Friedenszeiten Heimarbeiterstätten schimmige Tuberkuloseherde bildeten, und die Uebertragung der Tuberkulose im Anstehungswege nur zu leicht vor sich geht.

Nicht zu verkennen ist, daß durch die Heimarbeit manchem, besonders Kriegerfrauen, deren Existenz durch den Krieg schwer bedroht war, die Möglichkeit gegeben wurde, ihre Lage etwas erträglicher zu gestalten. Das darf aber nicht auf Kosten ihrer Gesundheit geschehen. Bei allen Organisationsversuchen hätten darum Vertreter der Heimarbeiter zugezogen werden sollen; nicht das allein, sie müßten dauernd zur Mitarbeit berufen werden. Das hätte nicht nur der Inspektion der Arbeitsstätten gedient, die Organisation der Verteilung selbst hätte unzweifelhaft davon Vorteil gehabt. Bis auf wenige Ausnahmefälle ist uns jedoch von einer solchen Heranziehung und Tätigkeit von Heimarbeitervertretern nichts bekannt. Auch jetzt noch käme eine derartige Organisationsweiterung nicht zu spät.

Aus manchen anderen Mitteilungen ersehen wir, daß immer neue Anweisungen für Kriegsindustrien gegeben werden müssen. Dabei könnten die Wünsche der Arbeiter mehr berücksichtigt werden. So lesen wir z. B. über die Arbeitsregelung im Textilgewerbe das folgende:

„Ueber manche Bestimmungen der sogenannten Arbeitsbeschränkungsverordnung (Bekanntmachung vom 4. April 1916 betreffend die Regelung der Arbeit in Web-, Wirt- und Strickstoffgewerbetreibenden Gewerbebetrieben), insbesondere hinsichtlich der Bestimmungen über die Beschäftigung von Schneidern außerhalb der Geschäftsbetriebe (§ 4), waren unter den Beteiligten Zweifel entstanden. Zu deren Behebung hat nunmehr das Oberkommando der Armee eine Reihe wichtiger Ausführungsbestimmungen erlassen. Der Arbeitgeber darf bekanntlich an die Zwischenmeister nur soviel Arbeit ausgeben, daß die zu zahlende Lohnsumme Erwerbseinkommen des Arbeitnehmers nicht überschreitet, der im Durchschnitt des Jahres 1915 bezahlt worden ist. Zu diesem Zwecke hat zunächst der Arbeitgeber die gesamte Lohnsumme im Jahre 1915 festzustellen und danach zu ermitteln, für welche Summe er im ganzen Arbeit außerhalb des Betriebes ausgeben darf. Außerdem muß festgestellt werden, welche Lohnsumme dem einzelnen Zwischenmeister zuteil, und danach seinen Anteil an der auszugebenden Arbeit zu bestimmen. Inwiefern es auch, wie man sich bei der Beschäftigung von Arbeitnehmern zu verhalten hat, die erst nach dem 1. März 1916 eröffnet worden sind. In der Verordnung hieß es in dieser Hinsicht unrichtig, daß für diese Arbeitsstufen, die in dem nachgehenden Jahre noch nicht beschäftigt worden sind, der Durchschnitt der Monate Januar und Februar 1916 zugrunde zu legen ist. Das Oberkommando hat nunmehr bestimmt, daß die Beschäftigung dieser Schneiderbetriebe nur mit Genehmigung der Gewerbeinspektion zulässig ist. Die Genehmigung darf nur früheren Unternehmern, Zwischenmeistern oder Arbeitnehmern des betreffenden Gewerbezweiges und auch diesen nur dann erteilt werden, wenn sie entweder zum Vordienste einberufen waren, oder wenn eine sonstige wirtschaftliche Notlage vorliegt.“

Das steht im engsten Zusammenhang mit der Heimarbeit und verdient festgehalten zu werden, da mit der Beendigung der Kriegswirtschaft die starke Ausbreitung der Heimarbeit wohl zurückgehen wird, aber kaum eine Ein-

Vom Tabakmarkt.

Der „Südb. Tabakzeitung“ wird aus Amsterdam unterm 16. Oktober geschrieben: „Es laufen wieder Gerüchte, daß die N.-D.-L. (Niederländ. Uebersee-Trust) mit der englischen Regierung über Beschränkung der Tabakanfuhrn niederländischer indischer Tabake in Unterhandlung steht, es soll nur noch eine gewisse Höchstmenge zur freien Ausfuhr durchgelassen werden. Selbst sollen schon Maßregeln ergriffen sein, um noch Anflüsse der laufenden Kava-Ernte nachträglich mit N.-D.-L.-Klausel belegen zu können. Es scheint nun daß Bestreben zu sein, um die Anfuhrn holländischer kolonialer Tabake auf möglichst großes Quantum zu bringen, die Anfuhrn sonstiger Sorten herabzubringen. So sollen zur Zeit für amerikanische Tabake N.-D.-L.-Bewilligungen überhaupt nicht mehr veranlagt werden. Dadurch entstehen neue Verwicklungen. Bekanntlich dürfen amerikanische Tabake nur noch klauselfrei in Holland eingeführt werden, falls vor 31. August verschifft und vor 4. August bezahlt; letzterer Vorbehalt stellt eine Bestimmung mit rückwirkender Kraft dar, übrigens ist, so sehr man gegenwärtig an Willkürlichkeiten gewöhnt ist, die Trennung des äußersten Verschiffungs- und des äußersten Zahlungstermins, unverständlich. Der Effekt ist nun, daß amerikanische Tabake zeitig verschifft aber nicht zeitig bezahlt sind und deshalb durch die N.-D.-L. nicht ausgeliefert werden, also hinter Schloß und Riegel gelegt werden. Der Export hat so wohl die Verpflichtung die Lagerkosten für unabweisbare Zeit zahlen zu müssen, aber nicht das geringste Recht, über sein Eigentum verfügen zu können. Damit wird der Tabakhandel mit den Vereinigten Staaten völlig lahm gelegt. Leider haben sich bisher die Hoffnungen, daß die amerikanische Regierung für die Freiheit des Tabakhandels eintreten werde, immer wieder als vergeblich erwiesen. Wo nun die völlige Ausschließung der Verbindungen für die amerikanischen Tabakpflanzer vor Augen steht, fragt es sich, ob auch jetzt von Washington aus kein Einspruch erfolgen wird.“

Bewilligte Lohn- und Teuerungszulagen in der Tabakindustrie.

Hamburg: Die Firma J. Mertens erhöhte die Löhne für alle Sorten um durchschnittlich 20 Prozent.
Altona: Die Firma Ludwig Adler gewährte Teuerungszulagen von 20 P. Cent.
Gundelsheim: Die Firma Gustav Goerler, die im Januar d. J. die Löhne um 10 Prozent erhöhte, hat nun abermals eine Lohnzulage von 20 Prozent für Koller, Widelmacher, Sortierer und Verfleber gemacht. Bei Vorstentlandbed werden weitere 50 P. pro Mille gezahlt. Die Tagelöhner erhalten eine Lohnzulage von 60 P. pro Tag. Damit hat die Firma die Löhne seit Kriegsausbruch bis zu 40 Prozent erhöht. Hoffentlich wird die Lohnzulage bei den anderen Firmen am Orte dasselbe Resultat zeitigen.

Protest amerikanischer Tabakinteressenten.

Die „Südb. Tabakzeitung“ teilt aus New York mit: Vertreter der Tabakpflanzer und Händler der Südstaaten der Union haben Besprechungen mit Senatoren und Mitgliedern des Repräsentantenhauses über die Erhebung eines Protestes gegen das englische Verbot der Einfuhr amerikanischen Tabaks in Deutschland und Oesterreich-Ungarn gehabt. Sie erluchten das Staatsdepartement, dagegen schleunige Maßnahmen zu ergreifen. Der Sprecher der Abordnung erklärte, daß dieses Verbot einen völligen Ruin der Tabakpflanzer des amerikanischen Südens bedeuten würde.

A. v. Elm und sein Wirken.

Im Heft 21 der „Sozialistischen Monatshefte“, Herausgeber Dr. J. Bloch, wird das Werden und Wirken unseres verstorbenen Kollegen A. v. Elm durch Artikel von Karl Frohme, Carl Legien und Dr. August Müller gewürdigt. Das Heft enthält auch ein sehr gutes Bild v. Elms aus dem Jahre 1912. Während Karl Frohme v. Elm als Mensch und Politiker schildert, gibt Legien eine Darstellung von seiner hervorragenden gewerkschaftlichen Arbeit. Dr. Müller macht die genossenschaftliche Arbeit v. Elms zum Gegenstand seiner Arbeit.

Wir glauben, es nicht nur v. Elm, sondern auch unsern Lesern schuldig zu sein, einige Stellen aus den Arbeiten der genannten drei Genossen im Organ des deutschen Tabakarbeiter-Verbandes nachzudrucken.

Karl Frohme schreibt über A. v. Elm: „Wer zum Menschen geboren wurde, soll und kann nichts Edelres, Größeres und Besseres sein als ein Mensch. Und wohl ihm, wenn er weder mehr noch weniger sein will.“ Dieses schöne Wort Wielands dürfen wir auf Abolph von Elm anwenden. Er war ein Mensch in des Wortes rechter Bedeutung, mit ganzer Seele, mit all seinem Können und Willen hingegeben der erhabenen Idee der Humanität, die den Inhalt des Sozialismus bilden. Wie war er in den Wahn verfallen ein Vollenkter zu sein; er war immer ein Werden, ein stets Erneuerer, im Dienst der Allgemeinheit Strebender. So beständige er die Wahrheit des Dichtergewortes: „Es wächst der Mensch mit seinen größeren Tugenden.“ Inwieweit er für andere sorgte und wirkte, arbeitete er zugleich an sich. Und das heißt gut sein. Er wurde größer in dem Maß als er sich selbst und seine Kraft kennen lernte. Durch Selbsterkenntnis, aus dem Bewußtsein dessen, was er war, lernte er erlassen, was er sein sollte. Es mochten nicht zwei Seelen in seiner Brust, die eine sich trennend von der andern, nein, er hatte sich zu einer schönen, feierlichen Harmonie hindurchgerungen, die nichts erschüttern konnte, weder Drangsal noch Unheil aller Art. Aus der Selbsterkenntnis erwuchs ihm ein starkes Selbstvertrauen, das sich innig verknüpfte mit dem Vertrauen zu der sieghaftesten Kraft der guten Ideen und gerechten Grundzüge, die er vertrat.

So ist uns denn das Charakterbild Abolph v. Elms kein schwankendes sondern ein festes, streng harmonisch in sich abgeschlossenes. Nicht der geringste Zug von Eitelkeit, Eigensinnigkeit, Ueberhebung war ihm eigen. Mit edler Bescheidenheit, Selbstlosigkeit und Offenheit verband er weitgehende Selbstankerkennung gegen die Bescheidene. Verdiente ein Gegner Achtung, so ließ er sie ihm gewiß zuteil werden. Niemand erlachte ihn ein niedriger Streich gewiß zuteil werden. Niemand erlachte ihn ein niedriger Streich, der in der Arbeiterbewegung leider schon oft böse Fernwirkungen und Streitigkeiten angerichtet hat. Er lebte in hohem Maß die Kraft der Selbstbeherrschung, und immer war er bemüht, verständlich

Schränkung auf den Umfang vor der Kriegszeit eintritt. Das Unternehmertum wird die materiellen Vorteile der Hausarbeit so leicht nicht aufgeben. Man konnte schon früher die Wahrnehmung machen, daß bei Einschränkungen der Betriebe — die in vielen Fällen nach dem Kriege wohl vorkommen werden — die Unternehmer zuerst den Fabrikbetrieb einschränken, die Heimarbeit aber voll beschäftigen, weil sie ihnen mehr Vorteile bietet. Es ist daher wünschenswert, daß alle Organisationen — Ausschüsse usw. — während ihres Bestehens und ihrer Tätigkeit die elementaren Wünsche und Forderungen der Heimarbeiter mehr berücksichtigen.

Was zum Wohle der Heimarbeiter geschieht, das erreicht auch dem Vaterlande zum Vorteil, von dem, nach obigem Bericht, Herr Regierungsrat Plafschke sprach.

Die Wirkung.

Nicht nur von uns, sondern auch von anderen Gegnern ist bei der letzten Erhöhung der Tabakabgaben betont worden, daß, wenn die Vorlage angenommen werde, sie eine Begünstigung der Tabakbauern bedeute. Die Vorlage ist im Wesentlichen Gesetz geworden und was die Industrie und Handel schadet, würde schon deutlicher zum Ausdruck gekommen sein, wenn es nicht die günstige Kriegskonjunktur verdeckte. Ernstlich wurde gewarnt, den einen Teil auf Kosten des anderen zu fördern, zumal die Landwirtschaft sich ohnehin nicht über mangelnde Fürsorge verlassen konnte. Auch der deutsche Tabakbau ist in den verschiedenen Steuererhöhungen immer in der Weise berücksichtigt worden, daß er der Konkurrenz des Auslandstabaks gegenüber geschützt wurde, indem die Verarbeiter infolge der scharfen Steuererhöhungen mehr zum deutschen Tabak greifen sollten und mußten. Wie auch im Reichstag durch unsern Kollegen Reichmann hervorgehoben wurde, hat der deutsche Tabakbau nach jeder Steuererhöhung einen Anlauf genommen, seine Produktion zu erhöhen, doch ist es ihm mit dem Erfolg bisher nicht geglückt. Die Ursachen dafür dürfen wir wohl in der allgemeinen Begünstigung der Landwirtschaft suchen, in dem allgemeinen Zollpolitischen und anderen Maßnahmen der Gesetzgebung die Landwirtschaft andere Produkte lohnender anbauen konnte und deshalb auf die Qualitätsverbesserung des Tabaks keinen besonderen Wert zu legen brauchte. Solange die Qualität des deutschen Tabaks nicht einigermaßen verbessert wird, wird der deutsche Raucher den ausländischen Tabak vorziehen. Nur zwangsweise wird die deutsche Zigarrenindustrie sich stärker dem deutschen Tabak zuwenden. Ein solcher Zwang liegt unter anderem in der Verteuerung des ausländischen Tabaks, so daß die Gesetzgebung den deutschen und ausländischen Tabak zugunsten des ersteren in den Abgaben nur stärker zu differenzieren braucht, um die gewünschte Wirkung zu erzielen. Das ist denn auch bei dem letzten Tabaksteuergesetz wieder einmal geschehen.

Nun berichtet die „Deutsche Parlamentskorrespondenz“ folgendes: „Die günstigen Wirkungen des in der letzten Tagung des Reichstags beschlossenen Tabaksteuergesetzes finden bereits in den Interessententreisen Anerkennung. So wurde vom Landesverband bayrischer Tabakbauervereine anerkannt, daß das neue Tabaksteuergesetz dem inländischen Tabakbau einen beträchtlichen Schutz gebracht hat.“ „Schutz“ bringen heißt in diesem Falle die Rentabilität steigern, größeren Gewinn abwerfen.

Leider können Industrie und Handel, können die Tabakarbeiter nicht von einem „Schutz“ reden, den ihnen das neue Tabaksteuergesetz gebracht hat. Auf wessen Kosten werden denn nun die Tabakpflanzer „geschützt“? Das Reich gibt ihnen doch nichts, also muß es auf dem Umweg über Industrie und Handel auf Kosten der Konsumenten gehen. Da aber die Konkurrenz scharf ist, ist die Abladung auf die Konsumenten nicht so einfach, so daß zunächst wenigstens allerlei bei der Industrie und damit auch bei der Tabakarbeiterschaft hängen bleibt. Da ist es begreiflich, daß die Industrie, insbesondere die Tabakarbeiterschaft, für solchen „Schutz“ wenig erbaut ist, zumal sie unterrichtet ist, daß es der Landwirtschaft, einschließlich der Tabakbauern, nicht gar so schlecht geht.

Wie günstig die Verhältnisse für den deutschen Tabakbau liegen, mag die Tatsache beweisen, daß die Anbaufläche in Baden in diesem Jahre um etwa 35 Prozent größer ist als im Jahre 1915. Ähnlich ist es in Württemberg. Auch aus anderen Gegenden wird eine Ausdehnung der Anbaufläche gemeldet. Würden die deutschen Tabakbauern nicht, daß der Anbau von Tabak für sie außerordentlich ist, sie würden andere Pflanzen anbauen, von denen viele jetzt auch ganz respectable „Ernten“ bringen. Selbstverständlich darf nicht vergessen werden, daß es nicht allein die Wirkung des letzten Tabaksteuergesetzes ist, wenn sich die Rentabilität des deutschen Tabakbaues so sehr gesteigert hat; der Krieg mit seiner Beschränkung des Auslandsmarktes für deutsche Verarbeiter, seiner Spekulation und Preissteigerung hat einen starken Anteil daran. Immerhin sei das Eingeständnis festgehalten, daß das letzte Tabaksteuergesetz den deutschen Tabakbauern so günstig ist, daß schon jetzt die Wirkung angedeutet zu vernehmen ist. Wir können den Tabakpflanzern alles Gute, doch möchten wir, daß auch Industrie und Handel, insbesondere die Tabakarbeiter, die gleiche Wirkung des Tabaksteuergesetzes verspürten.

Ob diesmal die Produktionssteigerung des deutschen Tabakbaues anhält, läßt sich ja nicht übersehen, zumal die verschiedenen Arten jetzt verschiedener Art sind und zusammengekommen härter wirken, als eine Steuermaßnahme wirken konnte. Der Krieg hat alle Dinge aus ihren Bahnen geworfen. Wäre es dem deutschen Tabakbau von jetzt an eine dauernde Aufwärtsbewegung beschieden ist. Wir betrachten rechtlich, daß es ihm jetzt bei leichtem Gewinn noch viel mehr an der Sorgfalt zur Verbesserung seines Produktes mangelt, als

Berücksichtigt man nun, daß den Tabakpflanzern durch das letzte Steuergesetz Vorteile erhalten haben, wie sie selbst zugeföhren, so ist es nicht recht begreiflich, daß jetzt bei der Preisfestlegung die Rücksicht auf sie wieder eine so große Rolle spielte. Nach der neuen Verordnung sind für nachreifen Tabak folgende Richtpreise festgelegt: Für Grumpen 50—70 M., für Weize 30—40 M. und für Sandblätter und Haupttabake 70—130 für den Zentner. Es kann in besonderen Fällen auch noch ein höherer Preis festgelegt werden. Da sonst für nachreifen Tabak höchstens 30—35 M. gezahlt wurde, so ist die Hinanschließung der Preisgrenze außerordentlich und durch die Verteuerung der Produktionskosten während des Krieges keineswegs gerechtfertigt. Von Fachleuten wird die Steigerung der Produktionskosten mit höchstens 30 M. für den Zentner berechnet. Gestehen nun aber die Tabakpflanzern zu, daß ihnen schon die letzte Tabaksteuer „einen beträchtlichen Schutz“, das heißt wesentliche Vorteile, gebracht hat, so meinen wir, hätte die Reichsregierung bei der Preisfestlegung erst recht alle Ursache gehabt, Licht und Schatten auf alle Tabakinteressenten gleichmäßig zu verteilen und deshalb die Richtpreise für deutschen Tabak wesentlich niedriger festlegen müssen.

Es muß doch wohl daran gedacht werden, aus der jetzigen Kalamität einmal wieder herauszukommen. Wie soll das aber geschehen, wenn man die Dinge in der Weise überspannt, wie es hier zugunsten der Tabakpflanzern geschehen ist. Eines guten Tages wird doch auch der erhöhte Wertzoll durchgeführt werden, was wiederum dem deutschen Tabakbau „einen beträchtlichen Schutz“ bringt und auf dessen Durchführung sich schon heute die Tabakbauern freuen. Hatte die Regierung bei der Festlegung der Richtpreise das Bedürfnis, den deutschen Tabakbau zu fördern und zu „schützen“, so sagen es ihr jetzt die Tabakpflanzern selbst, welche beträchtlichen Schutz sie bereits durch das neue Tabaksteuergesetz genießen und selbstverständlich auch weiter genießen werden. Dieser Schutz hätte nach unserm Ermessen durchaus genügt. Industrie und Handel sind nicht in der Lage, immer größere Opfer zu tragen.

Vermehrter Anbau von Rohtabak.

Die „Südb. Tabakzeitung“ bringt einen interessanten Artikel über den Anbau von Tabak in Deutschland im laufenden Jahre, dem wir das Folgende entnehmen:

Es war bisher lediglich bekannt, daß in diesem Jahre die Anbaufläche von Tabak in Deutschland erheblich größer sei als im vorigen Jahre, aber man hatte noch keine klare Vorstellung von dem Umfange der tatsächlich erfolgten Ausdehnung der Anbaufläche. Durch die Veröffentlichung der Großherz. badischen Regierung des Zahlenmäßigen Nachweises der alljährlich mit Tabak bebauten Ackerflächen in Baden gewinnt man nunmehr für den badischen Bezirk ein klares Bild in dieser Hinsicht. Nach der Tabelle wurden in Baden mit Tabak bebaut:

Im Jahre 1915	352 504 Ar
1916	513 576 Ar
„mithin“ mehr 1916	161 072 Ar

Die Anbaufläche wurde in Baden hiernach in diesem Jahre um annähernd die Hälfte vergrößert. Da man mit ziemlicher Bestimmtheit annehmen kann, daß auch in den übrigen deutschen Bundesstaaten eine Ausdehnung der Anbauflächen im gleichen Umfange stattgefunden hat, und da ferner in manchen Bezirken Tabak angepflanzt worden ist, wo seit mehreren Jahren der Tabakbau vollständig geruht hat, so kann damit gerechnet werden, daß das Gesamtareal in Deutschland um mindestens die Hälfte größer ist als im vorigen Jahre. Die im Durchschnitt fünfjährigen diesjährigen Witterungsverhältnisse lassen mit Bestimmtheit erwarten, daß der Ertrag die Menge des vorigen Jahres, je nach den Gebieten, mehr oder weniger beträchtlich übersteigen wird. Es ist demnach eine Erntemenge zu erwarten, die weit größer ist als in irgend einem Jahre des letzten Jahrzehnts. Nimmt man für dieses Jahrzehnt einen Durchschnitt von 250 000 dz an, so wären für das Jahr 1916 rund 400 000 dz als Mindestertrag zu erwarten.

Man braucht diese Zahlen nur miteinander zu vergleichen, um einzusehen, wie unsinnig diejenigen gehandelt hatten, die bei den Frühläufen die Preise für nachreifen deutschen Tabak bis auf 200 M. pro Zentner hinaufgetrieben hatten. Erst aus diesen nackten Ziffern kann man entnehmen, wie sehr dieses Verfahren jeder vernünftigen Erwägung entbehrt und gegen die Grundregeln des gesunden Menschenverstandes verstößt hat.

Wird die gewaltige Erntemenge dieses Jahres so sorgfältig behandelt, wie es im Interesse der deutschen Gesamtwirtschaft gefordert werden muß, dann besteht für uns die Gewißheit, daß Deutschland in Tabak ebenso wenig ausgehungert werden kann wie in anderen Gegenständen des täglichen Verbrauches.

Der diesjährige Mehrertrag an deutschem Rohtabak wird voraussichtlich mehr als 14 v. H. derjenigen Menge betragen, welche Deutschland in normalen Jahren von deutschem und ausländischem Rohtabak insgesamt verbraucht. Ob dieser so sehr erhebliche Ueberschuß einen Preisrückgang auf konkurrierende Gewächse ausländischer Herkunft an den hierfür heute allein in Betracht kommenden holländischen Märkten auslösen wird, läßt sich nicht im Voraus beurteilen. Aber es darf als sicher angenommen werden, daß dieses beträchtliche Plus die deutschen Verarbeiter in die Lage bringt, die Preisentwicklung auf diesen Märkten mit weit größerer Ruhe zu beobachten, und daß für sie der Zwang, zu jedem geforderten Preis zu kaufen, in höchst erfreulicher Weise gemildert wird. Nach den neuesten Berichten hat ja schon der Eingriff der Reichsbehörden in den Verkehr mit Rohtabak an holländischen Märkten ein ungewöhnlich starkes Unbehagen hervorgerufen.

und einigend zu wirken. Sogar kamen die hohen Tugenden zielbewußter Energie, der Geduld und Beharrlichkeit im Wollen und Handeln. Neugierst gewissenhaft im Kleinsten wie im Größten, niemals oberflächlich oder leichtfertig urteilend; ratend und händelnd, stets seiner Verantwortlichkeit sich bewußt und bemüht ihr zu genügen, nahm er es ungemein ernst mit der Erfüllung selbstgehaltener Aufgaben und der ihm von seinen Genossen übertragenen zumeist recht schweren Pflichten. Steils hat er das in ihm gelebte Vertrauen gänzlich gerechtfertigt, wie hat er die Treue gebrochen. In dem Sozialisten Adolph von Elm steht unser vorbildlicher Freund als vollendetste Persönlichkeit da. Entsprechend seinem reichen und geklärten Geist, seinen großen und guten Charaktereigenschaften, bemühte er sich auch in der sozialdemokratischen Partei die Jahrzehnte hindurch als ein treuer und unermüdblicher Kampfgenosse, als gewissenhafter Berater, als kluger Organisator und, ausgestattet mit der Gaben bewundernder Beredsamkeit, als Agitator. Mit eiserner, unerbittlicher Disziplin und Organisationsstärke stand er, wie in Gewerkschaft und Genossenschaft, so auch zur Partei. Die Einheit der Partei ging ihm über alles.

Wie hätte Adolph von Elm, der Mann des positiven Schaffens, der revolutionären Phrase, dem Hypermoralismus huldbig, ein Umschmeißler der Masse sein können! Er war allen blöden Draufgängerum, aller Revolutionsromantiker, aller Demagogen von Herzen feind. Sein Leitstern war die Erkenntnis, daß der demokratische Sozialismus seine großen Aufgaben, die staatliche und gesellschaftliche Um- und Neugestaltung, nur auf dem Wege der organischen Entwicklung erfüllen kann und muß, unter Ausnutzung aller Möglichkeiten wirtschaftliche, politische und soziale Reformen durchzuführen.

Daß Parteitheoretiker sich bemühen ihre Anschauungen zu unbedarft und dauernd richtigen Prinzipien, zu Dogmen zu steinern, sah er mit Recht als ein unkluges und schädliches Beginnen an. Für ihn waren in erster Linie die Lehren der Tatsachen maßgebend. Mit größter Entschiedenheit widerstrebte er der Tendenz des Hypermoralismus die Partei zu einer Dogmenpartei zu machen. Kurz vor seinem Tod sprach er in einer Versammlung nach einmal, wie früher schon oft, die nicht genug zu beherzigende Wahrheit aus, daß die Sozialdemokratie als Entwicklungsfaktor sich selbst entwickeln, daß sie dem aus der Welt der Tatsachen sich ergebenden unabweisbaren Zwang zum stetigen Umstern im rechten Sinne des Wortes, das heißt, zum weiteren Fortschritt in der Erkenntnis, in der richtigen Beurteilung der realen Verhältnisse genügen muß.

Niemand wird bestreiten können, daß es Adolph von Elm heftiger Ernst war um die Mitwirkung an Erfüllung der Aufgabe der Vertiefung und Sicherung einer echten Kulturgemeinschaft der Völker. Aber er war kein Internationalitätsphantast. Das Wort Solidariät wollte er auch in dieser Hinsicht nicht zu einer tönenden Propagandaphrase entwertet wissen. Zweck der Verständigung und des Zusammenstrebens der Arbeiter aller Länder war ihm das praktische Wirken für die Wohlfahrt der Arbeiter. Er hat das bei allen auch auf internationalen Kongressen fundiert.

Wenn ich sagte, Adolph von Elm sei kein Internationalitätsphantast, so schließt das ohne weiteres die Anerkennung in sich, daß er mit grundsätzlicher Entschiedenheit sich zur Nation, zum Nationalitätsprinzip, zum Vaterland, zu dessen Interessen und Kulturaufgaben bekannte. Als es vor dem Ausbruch des Weltkriegs für die Partei sich darum handelte die Erhaltung des Friedens zu propagieren, da nahm auch Adolph von Elm mit der an ihm gewohnten Tatkraft an dieser Propaganda teil. Als aber dann unter völligem Verlassen der Internationalität, das schreckliche Verhängnis unabwendbar geworden und Deutschland in den Krieg hineingezogen war, da trat er ebenso entschieden für die Vaterlandverteidigung ein. Unentwegt verfolgt er die auf grundsätzliche Anerkennung der Pflicht der Vaterlandverteidigung gestützte Politik der Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und Partei. Er hat das Ende des schrecklichen Krieges leider nicht mehr erlebt. Aber ihm gebührt das höchste Zeugnis, daß er mit ganzer Kraft sich für die Erhaltung der Einheit der Partei eingesetzt hat, um sie zu befähigen in Gemeinschaft mit den Gewerkschaften und Genossenschaften den beispiellos großen Aufgaben zu genügen, die nach dem Krieg im Interesse der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes zu erfüllen sind. Er, der Jahrzehnte die Arbeiterorganisation aus ihren Anfängen heraus mitaufgebaut und entwickelt hatte, mußte auch ihren Wert zu schätzen.

Alles in allem wird Adolph von Elm in der Erinnerung als Muster der Pflichttreue, der Hingebung, des gute Frucht bringenden Bestrebens fortleben. In gebührender Würdigung seines praktischen Wirkens auf allen Gebieten der Arbeiterbewegung dürfen wir wohl von ihm mit dem Dichter sagen: Es kann die Spur von seinem Erdenleben nicht in Aeonen untergehen. Ist diese Spur doch ein fester und sicherer Weg, den er in jahrzehntelanger mühevoller und opferreicher Arbeit mitgegeben hat, der Weg, auf dem es nur ein Fortwärtsschritt gibt, der über alle Hindernisse hinweg Schritt für Schritt zur Verwirklichung der großen Humanitätsideen führt, deren mühtiger und überzeugungstiefer Bekämpfer und Verfechter Adolph von Elm war. Der Verlust eines solchen Mannes ist für uns in dieser Zeit der ungeheuren Verheerung doppelt schwer und schmerzhaft. Er hat eine Leere hinterlassen, die nicht so leicht auszufüllen sein wird.

Seine würdige die Tätigkeit v. Elms auf gewerkschaftlichen Gebieten zusammengefaßt, wie folgt:

„Organisation bedeutet Macht: je stärker eine Organisation an Mitgliederzahl und am Fonds ist, desto größer deren Einfluß im wirtschaftlichen Kampfe. (Siehe von Elm: Organisationsstärke, in den Sozialistischen Monatsheften, 1900, pag. 116.)“
Das war der unverwundbare Programmtext in der Lebensarbeit Adolph von Elms. Nicht Organisation, deren Sinn und Wirken mit der Verkürzung der Arbeitszeit und der Lohnverbesserung schon erfüllt deren Grenzen in dem Rahmen der engeren Berufsgenossen abgegrenzt sein sollten. Sondern Organisation zur Einwirkung der gesamten Arbeiterklasse zum höchsten Menschheitsideal. In der früh gewonnenen Erkenntnis, daß politische Macht ohne wirtschaftliche Macht nicht erlangt werden oder doch keinen dauernden Bestand haben kann, traf v. Elm seine Maßnahmen, arbeitete er an dem Ausbau der Arbeiterorganisationen. Die gewerkschaftliche Bewegung Deutschlands und auch die internationale Gewerkschaftsbewegung hat sich nach den Grundrissen, die er für sie aufgestellt hatte entwickelt. Adolph von Elm hatte noch die Freude erleben zu können, daß die deutsche Bewegung geworden ist, was er erwartete, und daß die Internationale ein gut Stück Weges seinem Ideal nähergekommen ist.

Es klingt sonderbar, daß ein einzelner Mann einer gewaltigen Kulturbewegung die Richtung geben haben soll. Und doch ist es historische Wahrheit. Die gewerkschaftliche Bewegung Deutschlands war zu der Zeit, als das Wirken von Elms begann, um die Mitte der achtziger Jahre, nicht infolge ihrer Entwicklung, sondern durch äußere Einflüsse in Rahmen gedrängt, die nur bedingt der Arbeiterklasse nützlich, die u. a. u. dauerndem wirtschaftlichen Einfluß nicht führen konnten. Schon in den Anfängen der gewerkschaftlichen Organisation in Deutschland, in den sechziger Jahren, war die Einwirkung politischer Parteien geeignet, die Entwicklung ihres eigentlichen Wesens zu hemmen und sie mehr als Mittel zum Zweck denn als Selbstzweck erscheinen zu lassen. Der Gründungsprozeß der Ende der sechziger Jahre begann, wurde dann durch das Sozialistengefetz jäh unterbrochen. Der Klassenkampf wurde durch dieses Gesetz in Deutschland zur Beilegung des Klassenkampfes. Unter diesem Einfluß standen die Gewerkschaften, mit deren Wiederaufbau noch unter dem Sozialistengefetz begonnen wurde. Er machte sich bis zum Ende der neunziger Jahre geltend und gab den Gewerkschaften eine Tendenz, die nicht ihrem eigentlichen Wesen entsprach. Die politischen Erfolge, die die deutsche Arbeiterbewegung am Anfang der neunziger Jahre erzielte, erweckten den Anschein, als hätten jene recht, die Gewerkschaftsorganisation gänzlich als ein Palliativmittel gelten lassen wollten oder die ihnen gar nur die Aufgabe zuerkennen in den Kreisen der engeren Berufsgenossen Anhänger für die sozialdemokratische Partei zu gewinnen. Zu der Zeit der Gegner der Gewerkschaften kam infolge des Sozialistengefetzes der Kreis der Freunde, die den Ausbau der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen für überflüssig, ja für gefährlich hielten.

geeignet, den Klassenkampf zu verflachen, die politischen Kämpfe zu behindern. Das war der Boden, aus dem in Deutschland eine Gewerkschaftsbewegung emporwachsen sollte, die nicht nur nach der Zahl ihrer Mitglieder, sondern auch durch ihre innere Festigkeit entscheidende wirtschaftliche Bedeutung haben mußte. In dieser Zeit war es von Elm, der die Arbeiter Deutschlands lehrte, daß sie auf fallendem Wege seien, her es wagte, dies aus jenen Kreisen in der sozialdemokratischen Bewegung zu sagen, deren Worte als unverwundliche Wahrheit galten. Das zu wissen ist nötig, wenn das Wirken von Elms und das, was er erreichte, heute auch nur annähernd gewürdigt werden soll. Es galt für ihn nicht nur gegenüber dem damals allgewaltigen Einfluß des Unternehmertums freie Bahn für die Entwicklung der Gewerkschaften zu erstreiten, sondern auch den Kampf gegen die in irtümlicher Auffassung befangenen Freunde der Arbeiterbewegung und einen Teil der leitenden Kräfte in der Gewerkschaftsbewegung selbst aufzunehmen. Und diese Aufgabe war die weitaus härtere und unangenehmere. Beides hat von Elm mit einer Überzeugungstreue und einer Unbeugsamkeit des Willens getan, wie sie wohl selten einem Menschen eigen sind.

Dr. August Müller, der v. Elms genossenschaftliches Wirken aus täglicher Mit- und Nebeneinanderarbeiten kennt, schreibt u. a.: „Unermüdblich wirkte von Elm seit jenen Tagen von Kreuznach bis zu seinem Tod in Wort und Schrift für die Konsumgenossenschaftsbewegung. Die Zahl seiner christlichen Abhandlungen ist sehr groß; nachdem eine eigene Fachpresse der Konsumgenossenschaftsbewegung entstanden war, gehörte er auch zu deren eifrigsten und bedeutendsten Mitarbeitern. Außerdem verfaßte er für die ihm eine Anzahl von Propagandabroschüren von großem Wert. Die tiefstehende Bildung wird von seinem Vortrag über die Konsumgenossenschaftsbewegung auszugehen sein, den er auf Aufforderung sozialistischer Akademiker 1900 in Berlin hielt, der dann gedruckt im Verlag der Sozialistischen Monatshefte erschien und noch heute als eine der besten Schriften zur Einführung in die gewerkschaftliche Arbeit weite Verbreitung erfährt. Zu der Werbearbeit mit der Feder stellte sich die mit dem Wort. Was von Elm auf diesem Gebiet aufzuweisen hat, übertrifft die Leistungen jeder anderen in der Genossenschaftsbewegung tätigen Persönlichkeit. Auf allen nationalen und internationalen Tagungen, die von Genossenschaften veranstaltet wurden oder sich mit dem Genossenschaftswesen beschäftigten, begegnete uns von Elm als Teilnehmer und an entscheidender Stelle Mitwirkender. Sein Wort ertönte in Kreuznach, als dort der Trennungsstriich zwischen sozialer Genossenschaftsarbeit und kleinstädtischer Mittelstandstretter gezogen wurde. Kein deutscher Genossenschaftstag verging, ohne daß ihm wichtige Referate übertragen wurden. Auf den internationalen Genossenschaftstagungen gehörte er zu den meistbeachteten Persönlichkeiten. Den Höhepunkt des letzten internationalen Genossenschaftstags in Glasgow bildete seine glänzende Begründung einer Resolution, die die Genossenschaftsbewegung als ein Instrument des Weltfriedens feierte, und wenn der Beschluß des internationalen Sozialistengrößes in Kopenhagen zur Genossenschaftsfrage wenigstens im großen und ganzen den Anforderungen gerecht wird, die seitens der Konsumgenossenschaften an einen solchen Beschluß gestellt werden müssen, so ist das wiederum das Verdienst von Elms, der in jenen Tagen ganz außerordentlich aktiv war. Einzig dem Vorstand der deutschen sozialdemokratischen Partei blieb es vorbehalten, als er einen Referenten über das Genossenschaftswesen für einen deutschen Parteitag zu bestellen hatte, das sachverständigste Mitglied der Partei zu übergeben, was dann allerdings seine Folgen in der Minderwertigkeit der Aussprache dort zeigte.“

So bedeutend aber auch die Leistungen sind, die von Elm als immerwährender Werber für die Genossenschaftsarbeit aufzuweisen hat, noch wichtiger ist seine genossenschaftliche Tat. Aus einem mitleidigen Tabakarbeiterstreik, den er im Jahre 1890-1891 leitete, entwickelte sich bei ihm die Idee zur Gründung einer Produktivgenossenschaft, die dann auch im Jahr 1892 als Tabakarbeitergenossenschaft ins Leben trat, geleitet von Adolph von Elm und errichtet von einer größeren Anzahl von Tabakarbeitern. Das Unternehmen machte alle die Schwierigkeiten durch, die Produktivgenossenschaften gemeinhin befehlen sind. Aber es ging nicht wie die meisten anderen Arbeiterproduktivgenossenschaften daran zugrunde, sondern erstreckte sich am Leben, weil von Elm mit Umsicht und Weitsicht eine immer engerer Anlehnung des Unternehmens an den durch die Konsumgenossenschaften organisierten Verbrauch herbeizuführen verstand. Als das Unternehmen am 1. Januar 1910 als Produktivabteilung von der Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine übernommen wurde, war die Genossenschaft finanziell gut fundiert und im Besitz eines sehr guten Namens in der ganzen Genossenschaftswelt. Im Jahre 1898 erfolgte dann die Gründung der Hamburger Produktion. Der leitende Kopf bei der Gründung war von Elm, seine Ideen sind es in der Hauptsache, die bei der Schöpfung der Produktion verwirklicht wurden, und nicht zuletzt ist es sein Verdienst, daß dieses Werk der Hamburger Arbeiter seine jetzige stolze Höhe erreicht hat und als Vorbild für alle fortschrittlich denkenden Konsumgenossenschaften im In- und Ausland dasteht. Er führte auch den Vorsitz im Aufsichtsrat bis zu seinem Tod; ohne Geschäftsführer zu sein, hat er doch den maßgebendsten Einfluß auf die Entwicklung des Unternehmens ausgeübt, und soweit überhaupt einzelnen Personen ein Verdienst an dem Gedeihen eines solchen Unternehmens zugeschrieben werden darf, muß gesagt werden, daß es von Elm war, der mit einem kleinen Kreis von Mitarbeitern das Werk schuf und gemeinsam mit diesen seine erfolgreiche Entwicklung bewirkte.

Die letzte große Gründung, an der von Elm hervorragend beteiligt war, ist die gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungsgesellschaft „Vollstufzorg“, die am 1. Januar 1913 ihre Tätigkeit aufnahm; unter der Geschäftsführung von Elms. Es war bewundernswürdig zu beobachten, wie der doch nicht mehr ganz jugendliche Mann sich in ein vollkommen neues Gebiet einarbeitete, und wie unter seiner geschickten Leitung allmählich die Organisation entstand, die das Unternehmen nach 1 1/2 jährigem Bestehen doch wenigstens so gesichert hatte, daß der Ausbruch des Weltkriegs es wohl erlahmte und in der Entwicklung aufhalten, doch nicht zerschlagen konnte.“

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1915.

Auch die christlichen Gewerkschaften haben in der Kriegszeit schwer gelitten; die Riffen der zahlenden Mitglieder sind bis unter die Hälfte des Friedensbestandes hinabgesunken. Die Zahl der Ortsgruppen hat sich gegenüber dem Vorjahre 1914 um 500 verringert. Die Gesamtzahl der zahlenden Mitglieder ging von 292 744 auf 176 137 zurück. Rund 151 000 christliche Gewerkschaftler standen bei Abschluß des Berichtsjahres in einem militärischen Verhältnis. Einige kleinere Verbände, wie der der Heimarbeiterrinnen, der Krankenpfleger, der württembergischen Eisenbahner und der Telegraphenarbeiter hatten eine Mitgliederzunahme aufzuweisen. Demgegenüber zeigen die Verbände der großen Industrien, wie der Metallarbeiter, Bergarbeiter, Holzarbeiter und Textilarbeiter große Verluste. Der Verein der Bauarbeiter ging von 32 581 auf 9975 zurück.

Entsprechend dem Mitgliederverlust fielen auch die Einnahmen, und zwar um rund 2 1/2 Millionen Mark. Im Jahre 1914 konnten noch rund 5 863 000 M. gebucht werden, 1915 nur 3 317 000 M. Fast in gleichem Maße verringerten sich die Ausgaben. Für Arbeitslosenunterstützung und für Krankenunterstützung wurde erheblich weniger verausgabt, dagegen stieg die Summe für sonstige

Unterstützungen um das Doppelte, worunter wohl in den Hauptfache Unterstützungen für die Kriegervfamilien zu rechnen sein werden. Während der gesamte Klassenbestand im Jahre 1914 noch eine geringe Erhöhung erfuhr, sank er im Berichtsjahr um über 2 Millionen Mark auf rund 7 1/2 Millionen Mark.

Lohnbewegungen wurden im Jahre 1915 mehr geführt als im Jahre vorher, nämlich 880 gegen 664; die Zahl der beteiligten Personen blieb dagegen mit 20 826 gegenüber dem Jahre 1914 (43 273) um mehr als die Hälfte zurück. Zum Streit kam es dabei nirgends, die Differenzen wurden überall friedlich beigelegt; die Metallarbeiter wiesen mit über der Hälfte der Beteiligten die größte Anzahl Lohnbewegungen auf.

Daß die Zeit nach dem Kriege den deutschen Gewerkschaften schwere Kämpfe bringen wird, befürchten auch die christlichen Gewerkschaften; denn die steigende Konzentration der Unternehmerrmacht, die durch den Druck des Staates, im Sinne der Kartellierung und Syndizierung der Unternehmer, selbst gefördert wurde, habe in manchen Teilen der Unternehmerorganisationen das „Herrschaftsgefühl“ nicht gedämpft. Auch die der gewerkschaftlichen Arbeit sonst entgegenstehenden Hindernisse werden nicht erkannt, so daß über alle Maßen hinausgehende Anwachsen der Zahl der ungelernen Arbeiter, die übertriebene Ausnutzung der Kräfte der Jugendlichen, der lähmende und niederziehende Wettbewerb der Frauenarbeit; wohl aber wird die Zuversicht ausgesprochen, daß die Gewerkschaften auch diese wachsenden Schwierigkeiten überwinden und daß die Kriegserfahrungen von so nachhaltiger Wirkung sein werden, um auch dem Arbeiter seine rechtliche Stellung im Produktionsprozeß zu sichern und ebenso den Gedanken an die Bedeutung einer ehrlichen Sozialpolitik nach der Kriegszeit wach zu erhalten.

Verbandsteil.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Reichmann, Vorsitzender, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32. — Telephonamt Roland 6040. Bureauezeit von 8 bis 4 Uhr nachmittags.

Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Geld-, Einschreib- und Besendungen nur an E. Nieder-Belland, Bremen, Faulenstraße 58/60 (Gewerkschaftshaus), Zimmer Nr. 32. — Bankkonto, bei der Bankabteilung der Groß-einkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. B. G. in Hamburg, Postfach Nr. 5349 beim Postfachamt in Hamburg.

Für die Expedition bestimmte Zuschriften sind an Johs. Kroh, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Für die Redaktion bestimmte Zuschriften sind an Oskar Nieborf, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Für den Ausverkauf bestimmte Zuschriften sind an E. Schorn, Hamburg, Waisenbinderhof 57 III., Zimmer 45 und 46 (Gewerkschaftshaus) zu adressieren.

Folgende Gelder sind bei mir eingegangen (S. = Verbandsträge, L. = Lotterielasse):

28. August: Cöthen B. 60. — 14. Oktober: Jhehoe B. 120. — Storkow B. 35. — Gameln B. 50. — Lübeck B. 142.61. — Götting B. 15. — 15. Oktober: Jwidau B. 200. — Schön B. 100. — Dersinghausen B. 200. — Pasewalk B. 40. — Frankfurt a. D. B. 250. — Klein-Frobenburg B. 300. — Neumarkt B. 34. — Wolgast B. 25. — Seligenstadt B. 55. — Rehndorf B. 40. — Geringswalde B. 182.43. — Kreiße B. 150. — Sulingen B. 55. — 16. Oktober: Bergeborf B. 50. — Berlin B. 900. — Gildesheim B. 250. — Altenbruch B. 50. — Wittenberg B. 12.09. — Schweicheln B. 12.45. — Karlsruhe B. 40. — Neustadt am Rennsteig B. 283.88. — Guben B. 95. — Lobenstein B. 60. — Rauhof B. 100. — Färthenswalde B. 160. — Froschhausen B. 55.60. — Forst B. 30. — Chemnitz B. 200. — Babel B. 17. — 17. Oktober: Süßen B. 34.64. — 1.63. — Striegau B. 100. — Blankeneje B. 40. — Cottbus B. 89. — Mustau B. 25. — Dargitz B. 15.12. — Siedmar B. 50. — 18. Oktober: Eßla B. 220. — Eumersch B. 146.44. — Schließel B. 120. — Wolfenbüttel B. 1. — Weisenfels B. 58.17. — Meißner B. 100. — Frankenstein B. 45. — Prenzlau B. 240. — Ohlau B. 250. — Leipzig B. 400. — Worms B. 40. — Sachsen B. 30. — 21. Oktober: Hamburg B. 150. —

Bremen, den 23. Oktober 1916.

E. Nieder-Belland.

Abressen-Veränderungen.

Osnabrück: 2. Bev. Paul Blakmeter, Gr. Hankenstr. 2/5. (Sprechstunden: Wochentags 12-1 Uhr mittags u. 7-8 Uhr abends, Sonntags 1-3 Uhr nachmittags.)

Bünde (A). 1. Bev. J. Duell, Eblengern 262 (E. Bünde).

Gandelshelm (S). Hof. Plan, Kirchstraße 101.

Oferode (S). 2. Bev. A. Die, Freiheit bei Osterode.

Hannover (S). 1. Bev. P. Obermann, Dornbergstr. 24. I. (Sprechstunden: mittags 1-1 1/2 Uhr, abends 7 1/2-8 1/2 Uhr, Sonntags abends 8 1/2-9 1/2 Uhr.)

Arbeitsnachweise.

Die Bureaus befinden sich:

Für den Gau Hamburg: Altona: Gottlieb Osterag, Bureau: Delfstraße 1.

Für Bremen: Bremen: Heinrich Bobbenlamp, Faulenstr. 59/60 I. B. 15. Sprechstunden: 8 1/2 bis 10 1/2 vormittags und 7 bis 8 Uhr abends. Telephon Roland 2982.

Für den Gau Hannover: Hannover: A. D. Grethe, Hannover-Linden, Reddenfeldstr. 16. Auch erhalten Zugerichte dort Arbeitslosenunterstützung.

Für den Gau Nordhannau: Nordhannau: Herm. Schmidt, Verbandsbureau, Wolfstraße 14.

Für den Gau Herzford: Herzford: Wilhelm Schlüter, Simtstr. 59.

Für den Gau Frankfurt a. M.: Frankfurt a. M. West 13: Franz Schnell, Steinwegstraße 6 a.

Für den Gau Offenburg: Offenburg: Georg Durban, Neuperth. 15 II. Karlsruher: Herm. Burtgard, Angartenstraße 58 IV.

Für den Gau Heidelberg: Heidelberg: Ludw. Klein, Heidelberg, Hauptstr. 45.

Für den Gau Erfurt: Erfurt: Anton Fischer, Udebertenstraße 29 I. Sprechstunden: Wochentags von 12 bis 1 Uhr nachm. und 7 bis 8 Uhr abends. Sonntags von 11 bis 1 Uhr nachm.

Für den Gau Dresden: Dresden-A. Johann Dörmeyer, Volksgarten Schützenplatz 20, III.

